



## **FRAKTIONSBSCHLUSS ZUR AKTUELLEN DEBATTE UM DEN FLUGHAFENAUSBAU**

Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird weiterhin nach allen Möglichkeiten suchen, um auch durch Nutzungseinschränkungen des Betriebs am Frankfurter Flughafen zu mehr Lärmschutz für die Bürgerinnen und Bürger zu kommen. Dazu gehört eine Ausweitung des Nachtflugverbots auf die Zeit der gesetzlichen Nacht von 22 bis 6 Uhr ebenso wie darüber hinaus gehende zeitweise Betriebsbeschränkungen einzelner Bahnen, um für die von Lärm geplagten Anwohnerinnen und Anwohner Phasen der Ruhe zu ermöglichen.

Ein erster wichtiger Schritt wäre es, wenn das Bundesverwaltungsgericht das derzeit geltende Nachtflugverbot durch seine Rechtsprechung absichert und eventuell auch stärkere Nutzungseinschränkungen für den Flugbetrieb verhängt. Auch halten wir es für nicht völlig ausgeschlossen, dass das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gerade angesichts der massiven Bürgerproteste den Argumenten der klagenden Kommunen folgt, den Planfeststellungsbeschluss insgesamt für rechtswidrig erklärt und somit der Nordwestbahn die Betriebsgrundlage entzieht.

Durch die falschen Entscheidungen der Ausbaubefürworter von CDU, SPD und FDP geht es bei den Fragen der Nutzungseinschränkungen für den Flughafenbetrieb leider nicht allein um das politisch Gewünschte, sondern vor allem um das rechtlich noch Mögliche und Zulässige.

Vor diesem Hintergrund wollen wir GRÜNE den von Fluglärm geplagten Menschen nichts versprechen, was nicht auch politisch und rechtlich durchsetzbar ist. Unser Anspruch ist, den Lärm und die Belastung tatsächlich zu reduzieren. Folgenlose Symbolpolitik, wie sie jetzt absurderweise auch die Ausbaubefürworter betreiben, reduziert noch keinen Fluglärm.

Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird deshalb zeitnah nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts ein Rechtsgutachten in Auftrag geben. Dieses soll auf Grundlage der dann vorliegenden Gerichtsentscheidung alle Möglichkeiten prüfen, wie rechtlich verbindlich und durchsetzbar ein Mehr an Fluglärmschutz auch durch Betriebsbeschränkungen für den Flughafen erreicht werden kann.

Bis dahin setzen wir uns politisch dafür ein, dass durch folgende Maßnahmen schnell und wirksam eine Entlastung der Menschen erreicht wird:

Wir wollen, dass

- die Landesregierung die Revision gegen das Nachtflugverbot sofort zurück nimmt und somit dem Bundesverwaltungsgericht signalisiert, dass sie das Nachtflugverbot endlich akzeptiert und damit ein deutliches Zeichen für den Lärmschutz setzt;

- die Luftaufsicht des hessischen Wirtschaftsministeriums die Einhaltung des vom Verwaltungsgerichtshof Kassel (VGH) vorläufig in Kraft gesetzten Nachtflugverbots strikt kontrolliert und Ausnahmegenehmigungen nur in konkret begründeten Einzelfällen bei absolut unabweisbarer Notwendigkeit erteilt;
- aktiv wirkende Schallschutzmaßnahmen, die zur Verringerung der Belastung führen, möglichst umgehend nicht nur in die Tagesrandstunden sondern auch in den regulären Tagesbetrieb am Flughafen Frankfurt übernommen werden; das sind z. B.:
  - das Steilstartverfahren, damit die Flugzeuge möglichst rasch Höhe gewinnen;
  - der Gleitsinkanflug (CDA), damit die Flugzeuge weitgehend im Leerlauf zum Landepunkt herabsinken;
  - der gebogene Anflug (Segmented RNAV (GPS) Approach), damit die Flugzeuge möglichst keine Besiedlungszentren in geringer Höhe überfliegen;
  - gezielte Bahn- und Routennutzungen (DROps) – auch in Form von zeitlichen Betriebsbeschränkungen für einzelne Bahnen, damit Pausen der Lärmbelastung für die Betroffenen geschaffen werden;
  - die Erhöhung des Gleitwinkels des Instrumenten-Lande-Systems über 3 Grad hinaus, damit die Überflughöhen im Endanflug möglichst hoch liegen;
  - eine deutlich stärkere Spreizung des Gebührensystems mit Erhöhungen der Gebühren für lautere Flugzeuge, damit diese Frankfurt möglichst meiden und die Fluggesellschaften in modernere Flugzeuge investieren;
- eine absolute Obergrenze für Flugbewegungen und Lärmbelastungen festgelegt wird, damit die Menschen, die rund um den Flughafen leben und auch schlafen wollen, vor immer weiter steigenden Belastungen dauerhaft geschützt sind.

Wiesbaden, 13. Dezember 2011

Der Fraktionsvorsitzende



Tarek Al-Wazir